



## Neustart im Freien Verband

Die diesjährige Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) in Hannover war zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder von einem Ziel geprägt – der Stärkung und Geschlossenheit unseres Berufsstandes. Was wohl viele nicht für möglich gehalten hatten, ist dem neuen Bundesvorstand im letzten Jahr in überraschend kurzer Zeit gelungen – ein Neustart. Nach nur einem Jahr hat man es geschafft, die verschiedensten Gruppierungen auf einen gemeinsamen Weg einzuschwören. Basierend auf einer akribischen Vorbereitung durch den neuen Bundesvorstand gelang dies auf der Hauptversammlung in Hannover.

Dabei hat man sich auf die Kernthemen ( Erhalt der freiberuflichen Versorgungsstrukturen, Reform der Parodontalbehandlung und Änderung des Zahnheilkundengesetzes ) konzentriert. Durch Impulsreferate zu den einzelnen Themenschwerpunkten wurden langatmige und ermüdende Diskussionen von vornherein ausgeschlossen und man konzentrierte sich auf das Wesentliche, die Sacharbeit.

Ein Satz hat diese Hauptversammlung in Hannover immer wieder geprägt - und das von den unterschiedlichsten Seiten : Wenn wir uns nach außen nicht einig zeigen und uns nur mit uns selbst beschäftigen, dann betreiben wir das Geschäft unserer Gegner.

Dabei sprachen sich in einer großen Übereinstimmung sowohl der FVDZ - Bundesvorsitzende Schrader, der KZBV - Vorstandsvorsitzende Dr. Eßer und der Präsident der BZÄK Dr. Engel klar gegen das sogenannte Selbstverwaltungsstärkungsgesetz aus.

Es wurde von allen verdeutlicht, das dieses Gesetz der Politik dazu dient , uns zu ihrem Erfüllungsgehilfen zu degradieren, um die eigene Macht zu stärken. Demokratische Selbstverwaltungsprozesse werden ad absurdum geführt. Der Souverän unserer Selbstverwaltung, die von uns gewählte Vertreterversammlung mit den von ihr getroffenen Beschlüssen, kann jederzeit durch das BMG überstimmt bzw. gefasste Beschlüsse können aufgehoben werden. De facto das Ende unserer Selbstverwaltung.

Es ist also ein klares Signal, welches von der Hauptversammlung unseres Verbandes in Hannover ausgeht – wir sind endlich wieder alle

dazu bereit, die 3 Säulen KZBV, BZÄK und FVDZ mit neuen Inhalten und Leben zu erfüllen.

Und vielleicht haben auch wir hier in Thüringen einen guten Beitrag dazu geleistet.

Aber nicht nur auf Bundesebene musste sich der Freie Verband mit klaren Beschlüssen positionieren. Für uns hier in Thüringen galt es, die Position des FVDZ in der Vertreterversammlung der KZV zu erhalten und zu festigen.

Bei der Wahl zur Vertreterversammlung der KZVTH hatten wir mit 63,1 % eine hohe Wahlbeteiligung. Ein Ergebnis, welches sich auch vor der Politik und vor dem Hintergrund der geschilderten Gesetzesvorlage sehen lassen kann.

In der neugewählten Vertreterversammlung der KZV Thüringen ist der Freie Verband mit 10 Freiverbandsmitgliedern vertreten. Sicherlich nicht das optimale Ergebnis, das wir uns gewünscht haben.

Es findet ein Generationenwechsel statt. Viele der langjährigen Mitglieder sind ausgeschieden, junge Kolleginnen und Kollegen sind dazugekommen. Das ist gut so und kann dieser Vertreterversammlung sicherlich auch gut tun. Doch unabhängig von der Zusammensetzung der neuen Vertreterversammlung sollten wir uns alle davon leiten lassen, dass wir die Interessen der Thüringer Zahnärztinnen und Zahnärzte gegenüber der Politik und den Krankenkassen zu vertreten haben.

Und damit wären wir wieder am Ausgangspunkt dieses Beitrages. Nur gemeinsam können wir diese Herausforderungen und Aufgaben lösen, die vor uns liegen. Dazu sind nun alle aufgerufen.

*Ihr DM Johannes Wolf, Landesvorsitzender des FVDZ Thüringen  
Eisenberg, den 26.10.2016*

**Achtung ! Aktueller Terminhinweis:**  
**Landesversammlung des FVDZ Thüringen :**  
**3. Mai 2017 , Beginn 16.00 Uhr , KZVTH Erfurt**



Maritim Airport Hotel Hannover - Tagungsort der Hauptversammlung 2016 des FVDZ

Foto : Dr. Stefan Döllmann

# Standespolitischer Abend und Vertreterversammlung der KZVTH

Der diesjährige Standespolitische Abend der KZVTH und die Herbst – Vertreterversammlung der KZVTH fanden am 23. und 24.9. 2016 im Novotel Gera statt.

Als Referent beim Standespolitischen Abend am 23. 9. 2016 war **Prof. Dr. med. dent. Peter Eickholz**, Direktor der Poliklinik für Parodontologie am Zentrum der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (Carolinum) der Johann Wolfgang Goethe – Universität Frankfurt am Main, eingeladen.

**Er referierte zum Thema „Parodontale Therapie im Rahmen der vertragszahnärztlichen Versorgung“ unter dem Aspekt des ( unumstritten vorhandenen ) Änderungsbedarfs bei der Parodontalbehandlung in der vertragszahnärztlichen Versorgung.**

Nach wie vor besteht eine hohe Morbidität bezüglich der Parodontalerkrankungen. Dies hat auch die letzte Mundgesundheitsstudie eindeutig nachgewiesen.

Deshalb sollen u.a. die UPT ( Unterstützende Parodontitistherapie ) als Kassenleistung eingeführt und entsprechende GKV – Leistungspositionen definiert werden. Durch den Referenten wurden die unterschiedlichen Leistungsinhalte von UPT und PZR skizziert, auch vor dem Hintergrund des in der Praxis häufig zu beobachtenden „ Compliance – Abrisses “ nach der PA – Therapie.

In der Diskussion wurde die zu Recht bestehende Sorge der Gefährdung der in den Praxen mit viel Mühe aufgebauten und etablierten außervertraglichen Prophylaxe - Leistungen geäußert.

Zu hinterfragen ist auch, ob eine Aufblähung des GKV - Leistungsinhaltes bezüglich der PA – Behandlungen nicht eher zu Lasten der Zahnärzteschaft geht, da das zur Verfügung stehende Finanzvolumen der GKV nun mal begrenzt ist oder nur mit massiven Beitragserhöhungen erweiterbar wäre. Man denke auch an die massive Abwertung der PA – Leistungen im Rahmen der sogenannten BEMA – Umstrukturierung 2004.

Weiterhin weiß jeder Praktiker, dass eine erfolgreiche PA – Therapie



Prof. Dr. med. dent. Peter Eickholz bei seinem Referat zum Thema „Parodontale Therapie im Rahmen der vertragszahnärztlichen Versorgung“  
Foto: Dr. Karl-Heinz Müller

nur dann langfristig realisierbar ist, wenn eine entsprechend stabil vorhandene Patienten - Compliance vor, während und nach der PA – Therapie gegeben ist. Zu deren Unterstützung ist eine mit Augenmaß einzuführende finanzielle Beteiligung der Patienten aus Sicht des Autors zwingend erforderlich, der bereits diesbezüglich geäußerte Vorschlag von Bonusprogrammen erscheint durchaus zielführend.

**Während der Vertreterversammlung der KZVTH am Folgetag wurde im Rahmen der Beschlußfassungen durch den Landesvorsitzenden des FVDZ Thüringen, Dipl. Med. Johannes Wolf sowie dessen Stellvertreter Dr. Frank Wuchold und dem Beisitzer im Landesvorstand Thüringen des FVDZ, Dr. Peter Bracke ein Antrag zur grundsätzlichen Ablehnung der gesetzlich geschaffenen Organisationsform „ Medizinisches Versorgungszentrum “ zur Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung eingebracht.**

Dies vor dem Hintergrund, daß durch die vorrangige Etablierung dieser Einrichtungen in großen Ballungszentren die Versorgung der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten in keiner Weise verbessert und außerdem eine Abwanderung der jungen Kollegenschaft in die Ballungszentren gefördert wird.

Schon jetzt finden in den ländlichen Regionen 80 % der potenziellen Praxisabgeber keinen Nachfolger.

Des weiteren besteht bei diesen großen Organisationsstrukturen auch die Gefahr des Fremdkapitaleinflusses, was einer freiberuflichen Berufsausübung diametral gegenüber steht.

**Dieser Antrag wurde nach kontroverser Diskussion bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung durch die Vertreterversammlung angenommen.**

Dr. Peter Bracke

Gräfenroda, den 15.10. 2016



Teilnehmer der Vertreterversammlung der KZVTH  
Foto: Dr. Karl-Heinz Müller

## Hauptversammlung des FVDZ in Hannover 2016

Von Donnerstag, den 6.10. 2016 bis Samstag, den 8.10. 2016 tagte die diesjährige Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte in Hannover.

Es war unter dem Motto: „**Klarheit in den Worten, Brauchbarkeit in den Sachen.**“ – **G.W. Freiherr von Leibnitz** eine sehr harmonisch geprägte Hauptversammlung.

Die politischen Themen einten die Delegierten und Gäste dahingehend, dass die aktuellen Gesetzesentwürfe zum Thema „Selbstverwaltungsstärkungsgesetz“, zahnmedizinische MVZ´s und andere Tendenzen zur Einschränkung der Freiberuflichkeit einen klaren Konsens dagegen ergaben. Die Diskussionen dazu waren deshalb kurz, inhaltlich reich und erstaunlich übereinstimmend. Die Begrüßungsdredner am Donnerstagsvormittag brachten diese Themen noch einmal auf den Punkt.



In der anschließenden Diskussion war ein klares Votum (zur Not mit dem Austritt aus dem System der gesetzlichen Krankenkassen) von dem Bundesvorsitzenden des FVDZ **ZA Harald Schrader** gefordert. **Zahnärztin Annette Apel** (Landesvorsitzende LV Niedersachsen) forderte, dass die Freiberuflichkeit gegen alle Winkelzüge der Politik und Krankenkassen erhalten bleiben muss.

Die MVZs sind nichts anders als Polikliniken aus der DDR-Zeit und führen langfristig zu Unterversorgung im ländlichen Bereich. Was ja letztendlich die Geschichte durch den Niedergang der Poliklinik - Strukturen bewiesen hat. Das durch die Politik vorgeschobene Argument, in potentiell unterversorgten ländlichen Bereichen konzentrierte Zentren der medizinischen Versorgung aufzubauen, wird mit diesem Gesetz und dessen Auslegung bei weitem verfehlt.

Es war ein klares Bekenntnis für die flächendeckende Versorgung durch niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte und gegen das medizinische Versorgungszentrum durch Investoren bei den Teilnehmern der HV erkennbar.

Der Einfluss des Staates und der Krankenkassen auf die Freiberuflichkeit muss zurückgedrängt werden. Nur durch den freiberuflich tätigen Arzt und Zahnarzt gibt es in Deutschland ein so gut funktionierendes Gesundheitssystem.

Es sollte eine konstruktive kontroverse Diskussion geben, wie die weiteren Rahmenbedingungen für die vom Gesetzgeber gewollten MVZ's aussehen sollten.



Maritim Airport Hotel Hannover - Tagungsort der Hauptversammlung 2016 des FVDZ

Foto: Dr. Stefan Döllmann

**Regine Kramarik** (Bürgermeisterin Landeshauptstadt Hannover) erwartet „eine Nachhaltige Medizin und Nachhaltigkeit in den Dingen...“ in ihrer Rede vor den Delegierten der HV.

**MR Dr. Claudius Ratschew** (zahnärztlicher Interessenverband Österreichs) erklärt, dass 2016 ein wichtiges Wahljahr für Österreichs Zahnärzterverband darstellt. Die Standespolitik in Österreich ist in den Händen des zahnärztlichen Interessenverbandes Österreichs. Es gibt wenige Alternativen zur Freiberuflichkeit innerhalb der Zahnärzteschaft, dafür aber viele Fragen. Wer soll die Zentren führen? Die Linken wollen, dass der Staat die MVZ's führt. Die Vertreter „rechts von der Mitte“ wollen, dass Investoren und Großkonzerne die MVZ führen. In Österreich gibt es sogar Sozialversorgungszentren von Krankenkassen. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung des österreichischen Gesundheitssystems hat ergeben, dass 75% der Ambulatorien tief in den roten Zahlen bilanzieren, selbst von den 6 privaten MVZ's sind 3 davon tief in den roten Zahlen und nur eines macht nennenswert Gewinn.

Ein Freiberufler braucht laut Ratschew nicht viel: „Ein Steuersystem das ihn nicht erdrückt, ein Schulsystem das fähiges Personal bereitstellt, den Rest schafft er schon, wenn man ihn nur lässt. Man muss der mutwilligen Zerstörung der Freiberuflichkeit, die wir uns nach dem Krieg aufgebaut haben, endlich Einhalt gebieten.“

**Dr. Heiner Garg** (MdL) von der FDP sagt, dass medizinischen Versorgungszentren, die seit Juni 2015 auch in der Zahnmedizin möglich sind, die exzellente freiberufliche Versorgung in der Bundesrepublik aushöhlen.

Der Referentenentwurf des GKV - Selbstverwaltungsstärkungsgesetzes. §§ 78a §§79 ff. ist ein Selbstverwaltungsabschaffungsgesetz.

In seinem Statement führte der Präsident der BZÄK **Dr. Peter Engel** aus :



Delegierte zur Hauptversammlung des FVDZ 2016

Foto: Dr. Stefan Döllmann

Die Freiheit ist die Basis unseres zahnmedizinischen Handelns, gestärkt durch fachliche Weisungsunabhängigkeit und professionelle Autonomie. Der Schlüssel zum Therapieerfolg ist die Therapiefreiheit und garantiert damit einen Behandlungserfolg. Die Freiheit der Freiberufler besteht in erster Linie aus Pflichten, gerade diesen freiberuflichen Pflichten sind wir Zahnärzte uns stets bewusst. Unsere Freiheit und Unabhängigkeit muss bewahrt werden in unserem verantwortungsvollen Beruf. Die von außen aufoktroierten gesetzlichen Zwangsverpflichtungen (Röntgen – Prüfungsnachweise, QM, Hygienerichtlinien, Dokumentation, etc.), verschlingen mindestens ein Drittel unserer Arbeitszeit und Arbeitskraft, außerdem verbringen wir viel Zeit mit weiteren Verwaltungspflichten. Wir sollten die Zeit lieber für die Patienten nutzen. Verschärfte gesetzliche Verpflichtungen führen nicht zu besserer Therapie und Versorgung, sondern zur Einschränkung unserer Therapie für den Patienten und der Freiberuflichkeit. Die BZÄK wird gegen die Entmündigung der Selbstverwaltung angehen.

Neben Dr. Peter Engel kam auch **Dr. Wolfgang Eßer** (Vorsitzender des KZBV Vorstandes) zu Wort: Seit 50 Jahren stellen die Zahnärzte durch die Selbstverwaltung eine flächendeckende und patientenorientierte Versorgung bereit. Sie haben sich zu jedem Zeitpunkt für Barrierefreiheit und die gleichberechtigte zahnmedizinische Versorgung aller sozialen Schichten eingesetzt. Die 5. Mundgesundheitsstudie beweist, dass zu jeder Zeit die Zahnärzte die Verantwortung in und für die Gesellschaft wahrgenommen haben. Es werden Fördermittel statt Kredite für die Schaffung barrierefreier Zugänge in den Zahnarztpraxen gebraucht, die Problemlösung bezüglich der Barrierefreiheit kann nicht nur dem Berufsstand auferlegt werden.

Die anschließende Podiumsdiskussion zwischen **ZA Harald Schrader**, **Dr. Peter Engel**, **Dr. Wolfgang Eßer**, **Frank Schäffter** (Geschäftsführer Prometheus – Das Freiheitsinstitut) und **Kathrin Vogler** (MdB – Die Linke) verfestigte die einheitliche Meinung in der offenen Diskussion.

Der Bundesvorsitzende des FVDZ ZA Harald Schrader forderte sogar, dass die Zahnärzte sich mit allen Mitteln gegen den Entwurf wehren sollten und im Zweifel sogar damit drohen sollten, nicht mehr an dem System der Gesetzlichen Krankenkassen teilzunehmen. Laut Dr. W. Eßer ist das, was der Kollege ZA Schrader formuliert, ein Mittel mit dem wir dem Gesetz entgegenstehen könnten.



Delegierte des Landesverbandes Thüringen des FVDZ zur Hauptversammlung des FVDZ: Dr. Stefan Döllmann, Dr. Frank Wuchold, Dr. Elisabeth Triebel,

Dipl.-Med. Johannes Wolf, Dr. Hagen Rabe (v.l.n.r.)

Foto: Dr. Stefan Döllmann

Nach dem interessanten Vormittagsprogramm kehrten die Delegierten zu ihrer alljährlichen Aufgabe in der HV zurück und diskutierten verschiedene Anträge für die weitere Arbeit des Bundesvorstandes des FVDZ. Es herrschte eine sachliche und produktive Atmosphäre, in der gut und zügig gearbeitet werden konnte. Am Freitagvormittag folgte ein Vortrag von **Prof. Dr. Christof Dörfer** (Uni Kiel): Parodontitis - ein Update.

In diesem wurden die Ergebnisse der UPT - Studie und der Notwendigkeit einer Lösung für die PAR - Behandlung deutlich. UPT bedeutet einen PA -Status zu erheben, um eine eventuelle Progredienz zu erkennen und dann die aktive Tasche zu behandeln. Die Früherkennung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Therapie. Deshalb muss ein frühzeitiges und einheitliches Screening angewendet werden, um mit wenig Aufwand den Erkrankungsverlauf darstellen zu können.

Dass dem FVDZ der Nachwuchs und damit auch die Studenten wichtig sind, zeigte sich dann im weiteren Tagesablauf. Aus gegebenem Anlass brachten die anwesenden Studenten einen Antrag ins Rollen. Da die Studenten selbst keinen Antrag in der HV stellen konnten, wurde er von einigen Landesverbänden unterstützt.

Einvernehmlich wurde der studentische Antrag abgestimmt, dass in Zukunft der Freie Verband Deutscher Zahnärzte als Ansprechpartner an den Universitäten für die Belange der Studenten noch präsenter sein soll.

Die fast schon familiär getragene Intention, die jungen neuen Kollegen und Kolleginnen in den Prozess der berufspolitischen Gestaltung mit einzubeziehen, spricht für sich und soll dem Nachwuchsmangel entgegenwirken. Der Freie Verband Thüringen leistet schon seit 6 Jahren



Der auf der HV 2015 neu gewählte Bundesvorsitzende des FVDZ  
ZA Harald Schrader

Foto: Dr. Stefan Döllmann

durch Frau **Dr. Elisabeth Triebel** gute Nachwuchsarbeit an der Friedrich – Schiller - Universität Jena. Der FVDZ Thüringen sieht diese Arbeit als selbstverständlich an und hat in dieser Funktion schon seit Jahren einen positiven Einfluss auf die Sensibilisierung für die ehrenamtliche Arbeit auch schon bei den Studenten.

Die Anträge und Beschlüsse der Hauptversammlung des FVDZ sind unter [www.fvdz.de](http://www.fvdz.de) einsehbar.

Dr. Stefan Döllmann  
Dr. Elisabeth Triebel

Heilbad Heiligenstadt  
Jena, den 26.10.2016

## Freiberuflichkeit - Was bedeutet das eigentlich für Studenten?

Auch dieses Jahr hatten wieder einige Studenten der Friedrich Schiller Universität Jena die Möglichkeit an der Jahreshauptversammlung des FVDZ teilzunehmen, denn Standespolitik sollte uns ja nicht erst nach dem Studium interessieren.

Seit Jahren pflegt die Studentenbeauftragte des FVDZ in Thüringen, **Dr. Elisabeth Triebel**, ein gesundes Verhältnis zu den Studenten der FSU, so ist der Freie Verband Deutscher Zahnärzte ein geschätzter Partner. Nahtkurse und Notfallkurse werden durch den FVDZ organisiert und ein reger Austausch findet statt.

Aufgrund der guten Partnerschaft folgten drei Studenten der Einladung zur Jahreshauptversammlung des FVDZ nach Hannover, um einen Einblick in die Berufspolitik zu erhalten.

Nicht nur das Sitzungsgeschehen, sondern auch die Gespräche mit anwesenden FVDZ - Mitgliedern machten uns deutlich, warum es wichtig ist, dass der Zahnarzt als Freiberufler arbeiten kann. Die Behandlungsfreiheit ist essentiell für die adäquate Versorgung und Therapie der Patienten. Eben dies wird den Studenten im Studienablauf nicht ausreichend bewusst.

Durch wirtschaftliche Faktoren und gestiegene bürokratische Hürden und auch durch MVZ und Großpraxen werden junge Zahnärztinnen und Zahnärzte von einer Niederlassung abgehalten. Der FVDZ klärt über Risiken und vor allem über die Vorteile einer eigenen Praxis auf. Die

Studierenden erhalten wertvolle Informationen rund um die Thematik, so dass uns als Teilnehmern der HV das Konzept einer eigenen Praxis nähergebracht wurde.

Der Höhepunkt aus studentischer Sicht war die einstimmige Verabschiedung des Antrags zur Unterstützung der Studenten. Mit diesem möchte der FVDZ seine Beziehung zu den Studenten bekräftigen und sich als Ansprechpartner anbieten. Wir hatten die Möglichkeit unsere Sichtweise der Dinge darzustellen und somit die studentischen Belange zu vertreten. Somit ist es dem Freien Verband gelungen eine Brücke zu schlagen und präsenter aufzutreten.

Der gesellige Abend im Festsaal des Zoo Hannover bot einen gern gesehenen Ausklang des Sitzungsalltags. In lockerer Atmosphäre fühlten wir uns sehr willkommen und haben uns in der Runde wirklich wohl gefühlt.

Hanna Rüschemschmidt  
Björn Vorpahl  
Oliver Lackner

Jena, den 26.10. 2016

### FVDZ – Landesverband Thüringen Geschäftsstelle

07607 Goesen · Dorfstr. 64 · Tel.: 036691 / 42370 · Fax : 036691 / 52925  
e-Mail: [Wolf-Goesen@t-online.de](mailto:Wolf-Goesen@t-online.de)

### IMPRESSUM

VERLAG:  
Freier Verband Deutscher Zahnärzte e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
Mallwitzstr. 16, 53177 Bonn, www.fvdz.de

REDAKTION:  
Dr. Peter Bracke  
Waldstr. 72, 99330 Gräfenroda  
Tel. / Fax 036205 / 76292

HERAUSGEBER:  
Freier Verband Deutscher Zahnärzte e.V.  
Landesverband Thüringen  
Vorstand v.i.S.d.P. Dipl.- Med. Johannes Wolf

SATZ UND DRUCK :  
Barthel – Druckerei  
Alte Feldstr. 7 · 99310 Arnstadt  
Tel. 03628 / 61260

Der Bezugspreis ist mit der Beitragszahlung abgegolten. ( C ) 1996 beim Verlag. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Garantie übernommen werden; die Genehmigung zum Abdruck wird vorausgesetzt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.



Teilnehmer aus Thüringen auf der Hauptversammlung des FVDZ 2016:  
Björn Vorpahl, Oliver Lackner, Hanna Rüschemschmidt, Dr. Elisabeth Triebel,  
Dipl. Med. Johannes Wolf, Dr. Stefan Döllmann (v.l.n.r.) Foto : Dr. Stefan Döllmann